

Sitzungsperiode 2024  
Sitzung des Ausschusses III vom 12. September 2024

---

### FRAGESTUNDE\*

• **Frage Nr. 16 von Herrn MERTES (VIVANT) an Minister FRANSEN zur Einrichtung einer Fördersekundarschule in der Eifel**

Im Koalitionsabkommen der neuen Regierung wird u.a. die Einrichtung einer Fördersekundarschule für die Eifel erwähnt.

Eine solche Einrichtung wird von betroffenen Eltern seit langem gefordert. Hintergrund ist u. a. der weite Schulweg, den die betroffenen Schüler aus der Eifel teilweise in Kauf nehmen müssen. Der Weg, z. Bsp. aus der Gemeinde Burg-Reuland zur Fördersekundarschule nach Eupen, ist lang und somit zeitraubend. Alternativ kann ein Schüler das Internat des ZFP in Eupen besuchen, doch nicht jede Familie möchte ihr Kind die ganze Woche in einem Internat unterbringen.

Noch vor den Wahlen haben Vertreter einer Elterninitiative Ihrer Vorgängerin, Frau Ministerin Klinkenberg, rund 1.200 Unterstützungsunterschriften für die Einrichtung einer Fördersekundarschule in der Eifel übergeben. Laut unseren Informationen habe es noch vor den Wahlen einen ersten Austausch mit der ehemaligen Unterrichtsministerin gegeben, bei dem den Vertretern der Elterninitiative bereits konkrete Möglichkeiten präsentiert wurden, wie zum Beispiel die Integration dieser Einrichtung in den gemeinsamen Campus der ZFP-Grundschule und des KA Sankt Vith.

Hierzu lauten meine Fragen an Sie:

1. Wie stehen Sie zum Vorhaben, eine Fördersekundarschule in der Eifel einzurichten?
2. Gibt es bereits konkrete Pläne?
3. Sollte diese Schule in das aktuelle Schulbauprojekt integriert werden, ist mit einer Fertigstellung erst in etlichen Jahren zu rechnen. Sind Sie bereit, bis dahin eine Übergangslösung einzurichten?

• **Frage Nr. 17 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister FRANSEN zu einer Fördersekundarschule im Süden der DG**

Einige Monate vor der Wahl kam die Diskussion um einen Sekundarschulstandort im Süden der DG auf. Unter anderem wir von der Ecolo-Fraktion haben damals gefordert, dass ein Angebot für Sekundarschüler:innen geschaffen werden muss. Bis dato haben diese nämlich nur die Möglichkeit das ZIP in Eupen zu besuchen, was entweder mit einer strapaziösen Busfahrt oder einem Einzug ins Internat in Eupen verbunden ist.

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

Ministerin Klinkenberg erklärte kurze Zeit später, dass auch sie den Bedarf für eine Sekundarschule im Süden der DG sehe und kündigte daher Gespräche an.

Aus diesem Grund wüsste ich gerne, wie diese Gespräche gelaufen sind, wie Sie in dieser Akte weiter verfahren wollen und welcher Zeitplan erarbeitet wurde.

Folgende Fragen habe ich daher an Sie, Herr Minister:

1. Wie ist der Stand der Dinge in Bezug auf die Schaffung eines Sekundarschulstandorts im Süden der DG?
2. Welche Auswirkungen hätte die Schaffung eines solchen Standorts für den ZIP-Standort Eupen, einschließlich des Internats?

• **Frage Nr. 18 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister FRANSEN zu Französisch als Pflichtfach in der Lehrergrundausbildung**

Dass die französischen Sprachkenntnisse unserer Schülerinnen und Schüler massiv gefördert werden sollten, dazu sind sich alle hier im Raum einig. Die Frage ist: Wie?

In der vergangenen Legislatur wurde den Schulen daher mehr Stundenkapital zur Einstellung von Native Speakern zur Verfügung gestellt. Wir haben den Eindruck, dass diese Maßnahme ganz langsam Früchte trägt und langsam mehr Native Speaker in den Schulen unterrichten.

Nun hat sich Ihre Vorgängerin, Lydia Klinkenberg dazu entschieden, Französisch wieder verpflichtend in die Grundausbildung unserer Primarschullehrer zu integrieren, wie es früher auch schon der Fall war.

Was auf den ersten Blick sinnvoll erscheint, möchten wir dennoch missbilligen: Diese Maßnahme wird nämlich dazu führen, dass Studierende, die ausgezeichnete Lehrpersonen geworden wären, im Studium scheitern, weil sie nicht das nötige Französischniveau erreichen. Das können wir uns vor dem Hintergrund des Lehrermangels aktuell nicht erlauben.

Außerdem wird diese Maßnahme dazu führen, dass Studierende diplomiert werden, obwohl ihre Sprachkenntnisse nur gerade so reichen. Danach werden sie aber Französisch unterrichten und zum Teil sogar Sachfächer auf Französisch zu erteilen.

Wir stehen dieser Maßnahme daher zum jetzigen Zeitpunkt kritisch gegenüber, denn wir haben ganz konkret die Befürchtung, dass dadurch der Lehrermangel weiter verschärft wird.

Daher unsere Fragen an Sie, Herr Minister:

1. Wie ist die Meinung der Autonomen Hochschule zu der damaligen Entscheidung von Frau Ministerin Klinkenberg, Französisch verpflichtend in die Lehrergrundausbildung zu integrieren?
2. Wie stehen Sie als aktueller Bildungsminister dazu?

• **Frage Nr. 19 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister FRANSEN zum Rucksackprinzip im Bereich der Hochbegabung**

Kaleido und das Zentrum für Förderpädagogik stellen schon seit Jahren fest, dass sich im Bereich des sonderpädagogischen Förderbedarfs etwas verändern muss. Bisher werden Anträge für jedes Kind mit Bedarf gestellt und das ZIP ist dafür zuständig, jedem Kind, das Anrecht auf Förderung hat, eine Anzahl Stunden zuzuschreiben. Da der Bedarf in den

vergangenen Jahren immer weiter gestiegen ist, unsere Ressourcen aber endlich sind, kam kaum noch wirkungsvolle Förderung bei den Kindern an. Einige Schulen haben sich von diesem Rucksackprinzip verabschiedet und Förderstunden gebündelt, sodass sie mehr Kindern zu Gute kamen.

Im Bereich der Hochbegabung gab es auch einige Projekte, wie beispielsweise das Zebra-Projekt an der Pater Damian Grundschule. Dieses startete mit BVA-Verträgen, die im vergangenen Jahr von Frau Ministerin Klinkenberg gekürzt wurden. Da es auf diese Entscheidung viel Gegenwind gab, hat sich Frau Ministerin vor Ende des Schuljahres dazu entschieden, der Schule dann doch die nötigen Ressourcen zu erteilen, allerdings nach dem Rucksackprinzip: Jedes Kind, das eine diagnostizierte Hochbegabung hat, erhält eine gewisse Anzahl Stunden. Diese Entscheidung steht nun im Gegensatz zu dem Weg, der eigentlich in der Förderung eingeschlagen werden soll. Nach unserer Einschätzung wäre aber ein kohärenter, einheitlicher Weg der Förderung unabdingbar.

Nun haben Sie das Ruder in der Hand und daher habe ich folgende Fragen an Sie, Herr Minister:

1. Wie erklären Sie sich die sich widersprechenden Vorgehensweise innerhalb der Förderung, was die Verteilung von Ressourcen angeht?
2. Wie wollen Sie, Herr Minister, den Bereich der Förderung von Kindern mit Hochbegabung zukünftig strukturell regeln?

• **Frage Nr. 20 von Herrn MERTES (VIVANT) an Minister FRANSEN zu der Empfehlung zur prophylaktischen Gabe von Antibiotika gegen Keuchhusten**

In den vergangenen Wochen wurde in der Presse mehrmals der zu häufige Gebrauch von Antibiotika thematisiert. Am 8. Juli berichtete das GrenzEcho von einem Rundschreiben des LIKIV (Landesinstitut für Kranken- und Invalidenversicherung) an alle belgischen Hausärzte, die in den letzten fünf Jahren Antibiotika verschrieben haben. Es wird ihnen darin mitgeteilt, wie oft sie Antibiotika verschrieben und ob sie sich an die Richtlinien gehalten haben.

„Ärzte, die in einem Jahr immer noch zu oft Antibiotika verschreiben, werden sich rechtfertigen müssen. Ohne triftigen Grund drohen Sanktionen, die von einer Warnung bis zur Rückzahlung unrechtmäßig verschriebener Antibiotika reichen. Bei Vorsatz droht außerdem eine Geldstrafe.“, so das GrenzEcho.<sup>1</sup>

In Europa bestehe Handlungsbedarf, da hier jährlich 35.000 Menschen an Infektionen sterben, die gegen Antibiotika resistent sind.

In diesem Zusammenhang ist es erstaunlich, dass Ende des letzten Schuljahres 2023/24, mittels eines Rundschreibens von Kaleido, den Eltern in einer Schule der DG empfohlen wurde, ihren Kindern prophylaktisch Antibiotika zu verabreichen, da diese möglicherweise mit einem mit Keuchhusten infizierten Schüler in Kontakt waren.

Hierzu lauten meine Fragen an Sie:

1. Mit welcher Begründung rechtfertigt Kaleido eine solche Empfehlung?
2. Gibt es eine oder mehrere staatliche Institution in Belgien, die diesbezüglich eine Empfehlung ausgesprochen hat?
3. Wenn ja, ist die DG verpflichtet, den Empfehlungen der belgischen Institutionen Folge zu leisten?

---

<sup>1</sup> <https://www.grenzecho.net/art/d-20240707-H64F4T>.

- **Frage Nr. 21 von Frau NEYCKEN-BARTHOLEMY (SP) an Minister FRANSEN zum Zugang zu Verhütungsmitteln in der DG**

Laut eines aktuellen Berichts beklagt die Weltgesundheitsorganisation, kurz die WHO, weltweit Lücken bei der altersgerechten Aufklärung, sowie dem Zugang zu Verhütungsmitteln.

Der Gebrauch von Kondomen sei unter Heranwachsenden seit 2014 deutlich zurückgegangen. Dadurch setzten sich junge Menschen einem erheblichen Risiko sexuell übertragbarer Infektionskrankheiten und ungewollter Schwangerschaften aus, warnt die WHO.

Das Grenz-Echo berichtete am 04.09. 24 ebenfalls, dass laut einer aktuellen Untersuchung von Sensoa, einer flämischen Organisation für sexuelle Gesundheit in Flandern, drei von vier Jugendlichen den Preis von Kondomen als zu hoch ansieht. Dies führe dazu, dass rund 30 % der jungen Menschen angeben, aufgrund der Kosten auf den Gebrauch eines Kondoms zu verzichten. Auch die Einstellung und das Wissen der Jugendlichen wurde berücksichtigt. Sie dienen als Grundlage für Empfehlungen an die Regierung, das Bildungswesen und das Gesundheitssystem, heißt es weiter. Angesichts der Feststellungen in Flandern fordert Sensoa, dass die Politik überlegt, wie Jugendliche besser über den sicheren Gebrauch informiert und wie finanzielle Hürden abgebaut werden können. In der DG liegt der Auftrag der Aufklärung bei Kaleido.

Hierzu nun meine Fragen an Sie, werter Herr Minister:

1. Wie bewerten Sie die Situation in der DG?
2. Wie könnte die Aufklärung zur sexuellen Gesundheit von Jugendlichen intensiviert werden?
3. Wäre eine Möglichkeit das Angebot kostenloser Kondome, wie es in anderen Ländern der EU der Fall ist?

- **Frage Nr. 22 von Frau NEYCKEN-BARTHOLEMY (SP) an Minister FRANSEN zu Aufnahmeprüfungen für Medizin- und Zahnmedizinanwärter**

Am 06.09.24 berichtete der BRF, dass die Resultate der Aufnahmeprüfung der Medizin- und Zahnmedizinanwärter veröffentlicht würden. Knapp 4400 Anwärter auf einen Studienplatz hätten an der Prüfung teilgenommen. Jedoch nur jeder Dritte von ihnen wird mit dem Studium beginnen können. Vor dem Hintergrund der jahrelangen Problematik, der Benachteiligung der deutschsprachigen zukünftigen Studenten, habe ich folgende Fragen an Sie, werter Herr Minister:

1. Können Sie uns mitteilen, wie viele deutschsprachige Anwärter an dieser Prüfung teilgenommen haben?
2. Haben Sie außerdem Erkenntnisse über die Studierenden in Flandern?
3. Werden Sie die Gespräche bezüglich der Aufnahmebedingungen in der FG wieder aufnehmen?